

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: K. Bebel, Petersstraße 18, F. Thiele, Emilienstraße 2.

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Abonnementspreis: Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.

Fillialexpedition für die Vereinigten Staaten:

F. A. Sorge, Box 101, Hoboken N. J. via Newyork

Der Volksstaat

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerksgenossenschaften.

Politische Uebersicht.

Die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen den Hauptmann Schoch in Nürnberg — von der in vorworiger Nummer die Rede war — hat nicht bloß das Ordenswesen, sondern das ganze militärische Gerichtsverfahren blossgelegt. Der Staatsanwalt hat das Verdienst, dies gethan zu haben, indem er sagte: „Es wundert mich nicht, daß die Soldaten angesichts ihres Hauptmannes nicht gegen diesen ausgingen. Da kam eben die Zungenpflicht mit der Subordinationspflicht in Collision“. Damit verurtheilte der Staatsanwalt gegen seine Absicht das Militärgerichtswesen in so vernichtender Weise, daß es die Wirkung des Ausschusses abschwächen würde, wollten wir noch etwas hinzufügen. —

Der Kampf für die preussische Städteordnung. In jader Eherwort Bismarck's, daß die kommunalistischen oder Revolutionäre für die kommunalen Freiheiten der preussischen Städteordnung kämpfen, ist bekanntlich von der nationalen Presse für Ernst genommen und mit Heißhunger verfolgt worden. Von demokratischer Seite wurde dagegen auf hingewiesen, welche Beschränkungen die preussische Städteordnung den Gemeinden in Bezug auf die Bürgermeisterwahl auferlege, und wie speziell Berlin — gleich dem unglücklichen Paris — der Willkür der Regierungs-Polizeibehörde preisgegeben sei. Dieser Punkt hat nun bei der Verathung des Polizeibudgets im preussischen Abgeordnetenhaus eine interessante Debatte gefunden, indem der Abgeordnete Birchow das Verhältnis der Kommune Berlin zum Polizeipräsidenten einer eingehenden Kritik unterwarf. Charakteristisch ist es, daß die Reden von dieser 1 1/2 stündigen Rede, welche — nach den Angaben der Oppositionsredner Birchow's zu schließen — sicherlich von hohem wissenschaftlichen Werthe in Fülle bietet, nur folgendes kurze Resümee geben: „Grundlage der Stellung der Polizei zur Kommune Berlin sei das falsche patriarchalische Verhältnis, das seit dem Einzug des Polizeipräsidenten eingenommen worden, und das eine ganz eigene Doktrin, ja sogar eine mythologische Figur, den „Straßenfiskus“ hervorgebracht habe (Heiterkeit), welche behauptet, Eigenthümer aller Straßen, öffentlichen Plätze zu sein, weil vor Alters der Fiskus hat Straßen pflastern lassen. Diese mythologische Fiktion habe auch zu dem Projekt einer Warkthalle auf dem Dönhofsplatz geführt, weil dieser Platz einmal fiskalischer Grund gewesen sei. Anlässlich einer Beschwerde hat der Minister des Innern abgelehnt, die Prinzipienfrage über das Eigenthum an den Straßen zu entscheiden. Im J. 1863 hat das Polizeipräsidenten einseitig die Konzession zu Pferdebahnen erteilt und der Handelsminister hat sich auf das Prinzip gestützt, daß die Straßen dem Fiskus gehören. Also der eine Minister lehnt es ab, auf die Prinzipienfrage einzugehen, der andere geht auf den einzelnen Fall nicht ein, weil das Prinzip feststehe. Daraus entstünden schwere Konflikte. Der Polizeipräsident rechne stets mit dem Publikum, nicht mit der Gemeinde. Von Gegenleistungen für Abtretung von Rechten der Gemeinde bemerke man nichts; Beweis sei die Verlängerung des Monopols der Lifafassäulen auf weitere 10 Jahre: dadurch werde die Selbstverwaltung der Gemeinde schwer gedrückt und dieser Druck sei noch schlimmer als der materielle Schaden. Es entspreche daraus ein tiefes Mißtrauen, z. B. daß die Polizei mit der englischen Wasserleitungs-Gesellschaft über Verlängerung ihres Privilegiums verhandelt, obwohl dasselbe die Spaltung und folglich die Kanalisation unmöglich mache. Ja, in der Versammlung der englischen Aktionäre sei eine Vertheilung eines Theils der neu zu emittirenden Aktien an offizielle Personen in Berlin beschlossen worden. (Hört!) Engländer, die seit Jahren unter uns leben, müßten also königliche Beamte für käuflich halten. Der Straßenfiskus habe sehr irdische Bedürfnisse; daher ein noch weiter gehendes Mißtrauen die Sittenpolizei durch diejenigen, gegen die sie gerichtet ist, bestochen sein läßt. Die Freunde der Selbstverwaltung der Provinzen dürften nicht zugeben, daß die städtischen Gemeinden ihrer Autonomie (Selbstgesetzgebung) beraubt würden. Die großen Städte entwickelten sich weit über den alten Rahmen des städtischen Wesens hinaus und könnten ihre Schuldigkeit nur thun, wenn man sie nicht an Händen und Füßen bindet, wie in Berlin geschieht, wo das Polizeipräsidenten zugleich Regierung ist und zwei In- und Ausländer in sich vereint. Die Sittenpolizei könne man gern dem Minister des Innern überlassen, aber nicht die Sittenpolizei, die gegen die Stadt mit großer Rücksichtslosigkeit geübt werde. Mit der Vermehrung der Kräfte der Sittenpolizei sei es nicht gethan, sondern auf die Vertheilung der Arbeit komme es an, auf die sachgemäße Verwendung der vorhandenen Kräfte. Man dürfe die Schugmänner nicht zu unnützem Schreibwerk oder gar zur Sammlung des Materials für Adresskalender verwenden.“

Unsere „Volksvertreter.“ Die Bewohner von Billkallen in Preußen petitionirten beim Abgeordnetenhaus, die Regierung zu veranlassen, genannter Stadt eine Subvention von 10—20,000 Thalern zum Bau einer Brücke über der Szeszup (Scheszup) zu gewähren, dessen Anwohner ihren Verkehr mit einem jährlichen Verluste von 10—12 Menschenleben erkaufen müssen. Das soll nach Ansicht des Vorsitzenden der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses eine „Anforderung des Passalleanismus“ sein und ein „hervorragendes“ Mit-

glied der Kommission spricht sein tiefes Bedauern darüber aus: „daß der Staat überhaupt jemals in der Weise irgend einem Kreise unter die Arme gegriffen habe!“ Nun gilt aber im preussischen Staate ein Gesetz, das den Titel „Allgemeines Landrecht“ führt. Dieses Gesetz erklärt es für eine Pflicht des Staats: für die Sicherheit und Bequemlichkeit der öffentlichen Landstraßen zu sorgen. Es erklärt die Nutzung der öffentlichen Ströme für ein Regal des Staats und legt demjenigen, der die Nutzung eines öffentlichen Stroms hat, auch die Sorge auf für die über den Fluß anzulegenden Brücken. Haben die Herren von der Petitionskommission die Bestimmungen des Landrechts nicht gekannt oder nicht kennen wollen? Beides wäre für die Herren gleich schlimm. Die Sache kommt aber noch besser: Der Etat des Landwirtschaftlichen Ministeriums ist bereits bewilligt. Aus diesem Etat erhält z. B. der Hauptverein Westpreussischer Landwirthe eine Unterstützung von 2600 Thlr. jährlich, nämlich zur Befolgung des Sekretärs 400 Thlr., zu dessen Geschäftskosten 200 Thlr., zu gemeinnützigen Zwecken 1000 Thlr., zu Stutenprämien 250 Thlr., zur Einrichtung bäuerlicher Wirtschaften 250 Thlr., zu Ausstellungen 500 Thlr. Dieser „Hauptverein“ besteht aus den reichsten Leuten der Provinz. Wir fordern nun — heißt es in einer darauf bezüglichen Korrespondenz der „Demokratischen Zeitung“, — die Herren von der Petitionskommission zu einer Erklärung auf: ob sie diese Art der Anwendung von Staatsgeldern auch für „Passalleanismus“ halten und weshalb sie über diesen „Passalleanismus“ keine Betrübnis empfunden oder ausgedrückt haben? —

Da die „Neue Freie Presse“ durch ihre allzumotivische Korruption nicht mehr das nötige „moralische Gewicht“ hat, und die übrigen, in Bismarderei machenden Wiener Zeitungen nicht ausschließlich genug in ihrer Anbetung des preussischen Korporal- und Schulregulativstaates sind, hat das Berliner Pressekabarett sich ein eignes, ihm allein zugehöriges Organ in Wien gegründet: „Die deutsche Zeitung“, das im Bismardkultus allerdings Außerordentliches leistet. Ueber die zur Erbauung „liberaler“ Philister jetzt vor sich gehende Kugelschere mit dem Ultramodern und Ultramontanen schreibt das Blatt z. B. Folgendes:

„Die preussische Tradition wurzelt in der konfessionellen Parität und der religiösen Toleranz. Das neue Deutsche Reich hat diese schönste Erbschaft (!) des alten Preussens angeerbt, und kann sich nicht, wie das weiland Römische Reich deutscher Nation, zu einem Basallen der Kirche degradieren. Darüber dürfte kein Zweifel gelassen werden. Fürst Bismarck, der ein (!), von dem konfessionellen Vorurtheil befangen, das Bündniß des Staates mit dem Klerus als ein unumstößliches Axiom forderte, hat auch hier wieder seine hohe staatsmännische Einsicht bewiesen. Er hat seine alten Vorurtheile abgestreift, er hat das Taseluch zwischen sich und seinen alten Bundesgenossen zertrümmert und ihnen offen der Heberhandschuh hingeworfen. Mit jener Sicherheit, welche alle Maßnahmen des Reichskanzlers auszeichnet, ist dieser Feldzug gegen die frontirenden Ultramontanen und Orthodoxen eröffnet. Der Sieg kann auch in diesem Kampfe nicht ausbleiben. Wie im Jahre 1870 die deutsche Nation das Schwert gegen den Erbfeind ergriff und ihn von den Landesgrenzen zurückwarf, so kann auch in diesem Kampfe, wo das deutsche Volk fast mit ungebundener Erwartung den weiteren Schachzügen des Reichskanzlers lauscht (!) und seine Schritte besüßeln möchte, der Sieg nicht fehlen. Mögen die kirchlichen und orthodoxen Blätter toben und die Kanzeln mit dem göttlichen Strafgerichte drohen: die endliche Auseinandersetzung von Staat und Kirche und die Zurückweisung der kirchlichen Präerogationen werden die Freiheit im Deutschen Reiche festigen und den konfessionellen Frieden befördern.“

Also Bismarck hat sich in seinen alten Tagen überzeugt, daß der Staat nicht mit dem Klerus verbündet sein darf, und mit einigen „sicheren Schachzügen“, denen das deutsche Volk mit ungeduldiger Erwartung lauscht“ (mit gespitzten Ohren?) wird er in seiner „hohen staatsmännischen Einsicht“ uns nächstens den „konfessionellen Frieden“ bringen, den wir indeß eigentlich schon seit Gründung des „neuen Reichs“, das heißt seit einem vollen Jahr, als schönste Erbschaft des alten Preussens“ besitzen, so daß wir beim besten Willen nicht erwidern können, wozu sich der „geniale“ noch mit den betreffenden „Schachzügen“ abqualen muß. Und wie heißt denn der Berliner Kultusminister? Ach

Und wird von alledem so dumm, Als ging' uns ein Nihilist im Kopf herum! —

In letzter Nummer haben wir auf die traurige Rolle hingewiesen, welche Fürst Bismarck und die von ihm bezahlte oder beeinflusste Presse das „Neue Reich“ in der Tonnelet'schen Angelegenheit spielen läßt. Ferner haben wir auf die damit zusammenhängenden Bemerkungen des preussischen Kriegsministers aufmerksam gemacht, die den Franzosen gar sonderbare Begriffe von der vielgerühmten deutschen Biederkeit und Wahrheitsliebe beibringen müssen. Heute ist es unsere unangenehme Pflicht, der widerlichen Kriecherei zu erwähnen, in der sich seit einigen Wochen auf Kommando von Oben unsere gesammte offizielle, offiziöse und nationale Presse dem russischen Barbarenstaat gegenüber ergeht. Und aus welchem Anlaß? Nun, in vergangenen Monat hatte in Petersburg eine höhere Karrenfeier, genannt Ordensfest, statt, bei der mehrere preussische Prinzen und Generale anwesend waren und für ihre Devotion mit ein paar gnädigen Worten des Taren belohnt wurden! Diese Servilität nach Osten, verbunden mit der Brutalität nach Westen, gibt uns einen gleich schlechten Begriff von den in der letzten Berliner Thronrede betonten Friedensansichten, und dem den Berliner Nachhabern inne-

wohnenden Sicherheitsgefühl. Dieser Eindruck wird noch wesentlich erhöht durch die schlecht verhaltenen Beforgnisse über die neueste Wendung der Dinge in Oesterreich, wo die Preußenfreundliche Partei entschieden für den Moment unterlegen ist, und durch die offiziellen Anklagen der angeblich in Sachsen und Bayern überhandnehmenden partikularistischen, das heißt antimilitärischen Bestrebungen. Es steht uns nicht zu, diese Zügellosigkeit des Röhrens zu besprechen; sie zeigen aber, was für ein ungesundes Treibhausgewächs die vor einem Jahr in Versailles fabrizirte und dekretirte sogenannte „Deutsche Einheit“ ist. —

Anlässlich der in voriger Nummer erwähnten unwahrscheinlichen Aeußerung des Kriegsministers von Koon im preussischen Landtag über die Behandlung der deutschen Gefangenen in Frankreich, sendet uns ein deutscher Soldat, welcher in Fresne-en-Bois längere Zeit als verwundeter gelegen hat, einen Brief seiner dortigen Wirthin und Pflegerin vom 20. Juli 1871 im Original zu, mit der Bitte, ihn in getreuer Uebersetzung abdrucke; dieselbe lautet:

Mein lieber Gustav!

Mein Mann schickt Ihnen das Atef, das Sie wünschen. Sie würden es früher erhalten haben, wenn wir deutsch verstanden; so aber mußten wir warten, bis wir Jemand fanden, welcher Ihren Brief übersetzte.

Sie denken also immer an jene Franzosen, in deren Mitte Sie fast 4 Monate verweilt haben! Dieselben sind Zeugen Ihrer Leiden gewesen und haben sie zu stillen geirrt; Gott hat die Wunden derselben gelohnt, als Sie sie verlassen hatten: Ihr Leben war außer Gefahr und Sie hatten Ihr Bein behalten. Wir haben Ihnen bewiesen, wie groß und großmüthig Frankreich war, indem es seine verwundeten und kranken Feinde pflegte, als wären es seine Kinder. Auch hoffe ich wohl, daß Sie es nie vergessen werden und nicht den Haß theilen werden, welche gewisse Deutsche ihm gelobt haben. Gott hat nicht die Menschen geschaffen, um einander zu tödten, sondern um sich zu helfen, und ich verwünsche die Politik, welche dem Evangelium so zuwiderläuft.

Sie sagen mir nicht, mein lieber Gustav, ob Ihre Wunden vollständig vernarbt sind, ob Sie Ihren Fuß auf die Erde stellen können, und ob Sie Hoffnung haben, bald ohne Krücken zu gehen.

Am 1. Oktober, hoffe ich, werden Sie bei Ihrer Familie sein und dort Ihren Geburtstag feiern. Bei dem Feiertag, welches Ihre lieben Eltern Ihnen geben werden, vergessen Sie nicht, daß Herr Erasme und ich nicht von Ihrem Bette wachen, um Ihnen zu beweisen, daß wir fürchten, wie schmerzlich es Ihnen sein mußte, sich allein zu finden auf fremdem, feindlichem Boden, zumal an einem Tage, den man in Ihrer Heimat so festlich begeht. An Stelle des Wortes hat Ihre erkenntliche Bild und Ihr herzlicher Händedruck uns gezeigt, daß Sie unsere Bestimmung verstehen. Dies Mal kann ich Ihnen weder Gebild, noch ein Bouquet, noch wohlwollende Früchte anderer schönen Landes offeriren; aber ich werde für Sie mein heißes Gebet sprechen. —

Von Herrn Z . . . habe ich keine Nachricht und ich begreife das gar nicht; denn er schien uns sehr gern zu haben. An Herrn Chorion hat er geschrieben und ich schickte Ihnen die Adresse, die er ihm angegeben hat. Wenn Sie von ihm Nachrichten haben, würde ich Ihnen sehr verbunden sein, wenn Sie mir sie zukommen lassen.

Theodor W . . . einer meiner Hauptverwundeten, wie Sie, hat mir zwei ausgezeichnete Briefe geschrieben; er vergißt gleichfalls seine Pflegerin nicht: „la femme Professeur“ — wie Sie mich nannten. Der Pflasterarzt hat mir auch geschrieben, um mir seine Erkenntlichkeit zu bezeugen; er behauptet, daß ich ihm das Leben gerettet habe. Ich bin recht stolz auf alle diese Zeugnisse der Dankbarkeit und Zuneigung und ich danke Gott, daß er sich meiner bedient hat, um den feindlichen Völkern zu zeigen, daß Frankreich eine gastfreundliche und gefällige Nation ist. —

Meine französischen Verwundeten schreiben mir auch sehr oft. Diejenigen, welche behaupten, daß Erkenntlichkeit „nicht von dieser Welt“ sei, haben wahrhaftlich niemals Andern einen Gefallen erwiesen; ich aber habe alle Tage Beweise der Erkenntlichkeit, welche mich tief rühren.

Wir sind alle im besten Wohlbestehen und Ihr Brief hat uns Allen Vergnügen gemacht. Wir werden Sie nie vergessen. Sie haben so viel ausgehalten, sind so geduldig gewesen, so erkenntlich für den geringsten Dienst, den man Ihnen erwies! Und ich habe so viel Charpie auf Ihre Wunden gelegt, habe so viele Mal Ihnen das Eisen gereicht, habe so oft die Flügel, die Sie quälten, weggeschickt, daß ich eine Unfähigkeit an Sie fühle, als wären Sie mein Kind gewesen.

Herr Lincelin hat vor einigen Monaten Fresnes verlassen; ich konnte ihm also weder Ihre Empfehlungen, noch Ihre Dankgebungen bestellen. — Die lieben Schwestern waren über Ihr liebes Andenken sehr gerührt; sie wünschen Ihnen eine baldige Genesung. — Herr und Frau Bridet lassen Sie tausendmal grüßen.

Meine ganze Familie schließt sich mir an, im Ausdruck unserer innigen Gefühle für Sie.

Ihre alle ergebene Pflegerin A. Lefebvre.

(Herr Carl W . . . hat mir soeben geschrieben.)

Ein Vergleich des acht menschlichen Gefühls, welches aus diesem Brief spricht, mit den Hoffheiten, in denen sich der offizielle und nicht offizielle „Deutsche Patriotismus“ ergeht, fällt wahrhaftig nicht zu unseren Gunsten aus; und wir glauben, daß selbst die Herren Bismarck und Koon angesichts dieser französischen „Revanche“ eine Regung der Scham nicht ganz werden unterdrücken können. —

Der letzte belgische Halbjahr-Kongreß der Internationalen hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Der am 24. und 25. Dezember im Kongreß versammelte Bund der belgischen Sektionen gibt:

„In Anbetracht der täglich durch die reaktionäre Presse ausgestreuten thörichten Verleumdungen, wonach die Internationale ein despotischer Verein sein soll, der einer allen seinen Mitgliedern auf hierarchischem Wege vorgeschriebenen Disziplin und einem von Oben kommenden Lösungswort unterworfen sei; und

„in Erwägung, daß gerade im Gegentheil die Internationale, indem sie gegen den Despotismus und die Zentralisation auftritt, immer ihre Organisation in Uebereinstimmung mit ihren Prinzipien setzen zu müssen geglaubt hat;

*) eine wörtliche aber sehr unfranzösische und komisch klingende Uebersetzung von: die Frau Professorin.

Fortsetzung auf Seite 4.]

Die Inauguraladresse von Karl Marx

anlässlich der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation 1864.

Männer der Arbeit!

Es ist eine große Thatfache, daß das Elend der Arbeiterklassen sich in den Jahren 1848—1864 nicht vermindert hat, obgleich gerade diese Periode in den Annalen der Geschichte beispiellos dasicht in Bezug auf die Entwicklung ihrer Industrie und das Wachstum ihres Handels. Im Jahr 1850 prophezeigte ein gemäßigtes Organ der britischen Bourgeoisie, anscheinend im Besitz von mehr als gewöhnlichen Kenntnissen, daß wenn die Aus- und Einfuhr England's um 50 Prozent steigen, der Pauperismus in England auf den Nullpunkt sinken würde. Aber ach! Am 7. April 1864 entzückte Mr. Gladstone, der englische Schatzkanzler, seine Zuhörerschaft durch den Nachweis, daß der Gesamtwerth der englischen Ein- und Ausfuhr im Jahr 1863 auf 443,955,000 Pfund Sterling angeschwollen sei, eine Summe, welche ungefähr den dreifachen Betrag des Umsatzes in dem verhältnismäßig erst vor kurzem verflohenen Jahr 1843 ausmache. Bei alledem aber war er genöthigt, auch des sozialen Elends zu gedenken. Er mußte sprechen von Denjenigen, die an der Grenze der Hungersnoth angelangt seien, von Arbeitelöhnen, die um keinen Pfennig gestiegen seien, vom menschlichen Leben, welches in neun Fällen unter zehn nur ein Kampf um die tägliche Existenz sei. Er sprach nicht von der Bevölkerung Irlands, welche im Norden noch und nach durch Maschinen, im Süden durch Schäferheerden ersetzt wird, obgleich selbst die Anzahl der Schafe in diesem unglücklichen Lande sich vermindert, freilich nicht so schnell als die Menschen. Er vermied, das zu wiederholen, was gerade damals durch die höchsten Repräsentanten der zehntausend Vornehmen in einem plötzlichen Anfall von Schreden derrauchen worden war. Als die Panik des Garottirens*) eine gewisse Höhe erreicht hatte, veranlaßte das Haus der Lords eine Untersuchung und einen Bericht über Transportation und Zuchthausstrafe. An den Tag kam die Wahrheit in dem dicken Blaubuch von 1863, und bewiesen ward es durch offizielle Thatfachen und Zahlen, daß die schlechtesten unter den verurtheilten Verbrechern, die Zuchthausstraflinge England's und Schottland's sich weit weniger zu schänden hatten und viel besser genährt waren, als die Agrikulturarbeiter England's und Schottland's. Und das war noch nicht Alles. Als in Folge des Bürgerkrieges in Amerika die Industriearbeiter in Lancashire und Cheshire auf die Straße geworfen waren, sandte dasselbe Haus der Lords einen Arzt in die Fabriksdistricte, um zu untersuchen und festzustellen, wie viel Kohlen- und Stiefstoff unumgänglich notwendig sei, um, dargeboten in der einfachsten und billigsten Form, gerade zur Abwehr des Hungertypus hinzureichen. Dr. Smith, der ärztliche Commissar des Parlaments, ermittelte, daß 28,000 Gran Kohlenstoff und 1330 Gran Stiefstoff die wöchentliche Ration sei, welche durchschnittlich gerade hinreichend sei, um einen Erwachsenen über dem Niveau der Hungerkrankheiten zu halten, und er fand weiter, daß diese Quantität so ziemlich mit der dürftigen Nahrung übereinstimme, auf welche der Druck der äußersten Noth die armen Lohnarbeiter tatsächlich angewiesen hatte. Und nicht genug damit, derselbe Arzt wurde später von der Regierung wieder beauftragt, die Nahrung des ärmeren Theils der Arbeiterklasse zu untersuchen. Die Resultate seiner Nachforschungen befinden sich im „Sechsten Bericht über öffentliche Gesundheit“, veröffentlicht auf Befehl des Parlaments im Laufe dieses Jahres (1864). Und was entdeckte der Arzt? Daß die Seidenweber, Näherinnen, Handschuhmacher, Strumpfwirter und andere Arbeiter durchschnittlich nicht einmal die Nothration der Baumwollarbeiter, nicht einmal denjenigen Betrag von Kohlen- und Stiefstoff erhielten, „der gerade hinreicht zur Abwehr von Hungerkrankheiten.“

„Ja noch mehr,“ sagt der Bericht, „was die untersuchten Familien der ländlichen Arbeiter betrifft, schien es, daß mehr als ein Fünftel weniger zu sich nahm als das nothdürftigste Quantum kohlenstoffhaltiger Nahrung, mehr als ein Drittel weniger als das nothdürftigste Quantum stiefstoffhaltiger Nahrung, und daß in drei Landschaften (Wiltshire, Oxfordshire und Somersetshire) Unzulänglichkeit stiefstoffhaltiger Speisen die Durchschnittsloft ganzer Dörfer war.“ ... „Es muß darauf hingewiesen werden,“ fügt der offizielle Bericht hinzu, „daß Entbehrung der nothwendigsten Nahrung nur mit großem Widerstreben ertragen wird, und daß in der Regel große Nothdurft der Nahrung erst dann sich einstellt, wenn andere Entbehrungen vorübergegangen sind.“ ... „Selbst Keiligkeit wird dem Armen kostspielig oder schwierig, und wenn er dennoch in einem Gefühl der Selbstachtung Versuche macht, den Forderungen der Keiligkeit zu entsprechen, so ist für ihn jeder Versuch gleichbedeutend mit vermehrten Hungersqualen. Dies sind peinliche Betrachtungen, namentlich wenn man bedenkt, daß die Armuth, auf welche sie Bezug haben, nicht die verdiente Armuth des Müßigganges ist: in allen aufgeführten Fällen ist es die Armuth der arbeitenden Bevölkerung. Und in der That, gerade die Arbeit, welche eine so sorgliche Nation von Nahrungsmitteln erlangt, wird in den meisten Fällen über die Waagen ausgedehnt.“ Der Bericht bringt ferner die befremdende und unerwartete Thatfache zu Tage, daß von den vier Theilen des vereinigten Königreichs, England, Wales, Schottland und Irland, die Agrikulturbevölkerung England's, des reichsten Theils, die bei Weitem am Schlechtesten genährt ist, daß aber selbst die Agrikulturarbeiter von Wiltshire, Oxfordshire und Somersetshire besser daran sind, als eine große Anzahl kunstfertiger Handarbeiter unter Dach und Fach im Ostende von London.

Solcher Art sind die offiziellen Darstellungen, veröffentlicht auf Befehl des Parlaments im Jahre 1863, während des tausendjährigen Reichs des Freihandels, zu einer Zeit, wo der Schatzkanzler dem Hause der Gemeinen erzählte, „daß im Allgemeinen die Lage des britischen Arbeiters sich verbessert habe in einem ganz außerordentlichen Maße, welches ohne Beispiel dasstehe in der Geschichte irgend eines Landes oder Zeitalters.“

Aber mitten hinein in diese offiziellen Beglückwünschungen

schrillt die trodene Bemerkung des offiziellen Berichts über öffentliche Gesundheit: „Essentielle Gesundheit eines Landes bedeutet die Gesundheit seiner Massen, und wie können die Massen gesund sein, wenn sie nicht bis auf ihre untersten Schichten herab mindestens erträglich leben?“

Geblendet durch den „Fortschritt der Nation“, umgankelt von den Zahlen der Statistik, ruft der Schatzkanzler in wilder Verzückung aus: „In den Jahren 1842—1852 hat sich das steuerpflichtige Einkommen des Landes um 6 Prozent vermehrt, in den acht Jahren 1853—1861 hat es im Verhältniß zum Einkommen des Jahres 1853 um 20 Prozent zugenommen. Diese Thatfache ist so staunenswerth, daß sie beinahe unglaublich ist.“ ... „Diese berauschte Vermehrung von Reichtum und Macht,“ fügt Mr. Gladstone hinzu, „ist ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkt.“

Wer zu wissen wünscht, unter wie viel Opfern an zerrütteter Gesundheit, verdorbenen Sitten und gestörten Geisteskräften diese „berauschte, ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkte Vermehrung von Reichtum und Macht“ erzeugt worden ist und noch erzeugt wird, der blicke auf das Gemälde, welches der letzte „öffentliche Gesundheits-Bericht“ von den Werkstätten der Schneider, Buchdrucker und Fugmacherinnen entworfen hat. Er vergleiche damit den „Bericht der Untersuchungscommission über die Beschäftigung von Kindern in Fabriken“ vom Jahr 1863, worin unter Anderem ausgesprochen wird, daß die Töpfer, und zwar nicht blos die männlichen, sondern auch die weiblichen Arbeiter der Töpferwerkstätten, als Arbeiterklasse einen körperlich und geistig heruntergekommenen Theil der Bevölkerung ausmachen, daß ein von der Geburt an ungesundes Kind später selbst ungesunde Kinder erzeuge, daß nach ein zunehmendes Aussterben der ganzen Race bevorstehe, und daß die Fortkommenheit der Bevölkerung von Staffordshire noch größer sein würde, wenn sie sich nicht aus den angrenzenden Landschaften rekrutire und sich durch Heirath mit gesünderen Rassen vermische. Er blicke auf Mr. Trevelyan's Bericht über die „Beschwerden der Bäckergehilfen.“ Und Wen hat nicht geschauert bei der scheinbar paradoxen, durch den General-Registrator mit Dokumenten belegten Behauptung der Fabrikinspektoren, daß der Gesundheitszustand der Fabrikarbeiter von Lancashire gerade in der Zeit, wo sie auf eine Nothration von Nahrungsmitteln beschränkt gewesen seien, sich thotächlich gebessert habe, weil sie in Folge der Baumwollnoth zeitweise aus den Baumwollfabriken ausgeschlossen gewesen seien, und daß die Sterblichkeit unter den Kindern in dieser Zeit abgenommen habe, weil die Mütter jetzt endlich einmal in der Lage gewesen seien, ihnen statt der Opiummischung von Godfrey*) die eigne Brust zu reichen.

Und dagegen die Rehrseite der Medaille. Die dem Hause der Gemeinen am 20. Juli 1864 vorgelegten amtlichen Berichte über den Ertrag der Einkommen- und Grundsteuer belehrten uns, daß in der Zeit vom 5. April 1862 bis 5. April 1863 die Anzahl der Personen mit einem jährlichen Einkommen von 50,000 Pfd. Sterling und darüber um 13 zugenommen habe und in diesem einen Jahr von 67 auf 80 Personen gestiegen sei. Derselbe amtliche Bericht enthält die Thatfache, daß ungefähr 3000 Personen sich in ein jährliches Einkommen von ungefähr 25 Millionen Pfund Sterling zu theilen haben, eine Summe, die größer ist als der Gesamtbetrag der alljährlich an die Gesamtheit der Agrikulturarbeiter von England und Wales gezahlten Arbeitelöhne. Schlägt die amtlichen Listen von 1861 auf, und Ihr werdet finden, daß die Anzahl der Grundeigentümer in England und Wales von 16,934 Personen im Jahr 1851 auf 15,066 im Jahr 1861 zusammengeschmolzen ist, so daß die Concentration des Grundbesitzes in 10 Jahren um 11 Prozent zugenommen hat. Wenn die Vereinigung des gesammten Grundbesitzes in den Händen Weniger in diesem Verhältniß fortschreiten sollte, so wird allerdings dadurch die Grund- und Bodenfrage sehr vereinfacht werden, grade so, wie es im römischen Kaiserreich geschah, als Nero über die Entdeckung greinte, daß die Hälfte der Provinz Afrika sich in dem Besitz von sechs Herren befinde.

Wir sind darum so lange bei diesen Thatfachen, „die so staunenswerth, daß sie beinahe unglaublich sind,“ stehen geblieben, weil England an der Spitze des Handels und der Industrie Europa's steht. Erinnert Euch, daß erst vor kurzem einer von den verbannten Söhnen Louis Philippe's die englischen Agrikulturarbeiter öffentlich deshalb beglückwünscht hat, weil ihr Loos besser sei als das ihrer weniger glücklich situirten Kameraden jenseits des Kanals. Und in der That: mit einer anderen Lokalfärbung und auf etwas kleinerer Stufenleiter pflanzen sich die englischen Zustände in allen in ihrer industriellen Entwicklung begriffenen Ländern des Continents fort. In allen diesen Ländern hat seit dem Jahr 1848 eine unerhörte Entwicklung der Industrie, eine ungeahnte Ausdehnung des Ein- und Ausfuhrhandels stattgefunden. In allen war die ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkte Vermehrung von Reichtum und Macht ebenfalls wahrhaft berauscht. In allen erhielt zwar eine kleine Anzahl Arbeiter, ebenso wie in England, etwas erhöhten Arbeitslohn, aber bei dem allgemeinen Steigen der Preise hatte diese Lohnerhöhung für den Lebensgenuß des Arbeiters ebenso wenig zu bedeuten, als z. B. der Inasse des hauptstädtischen Armen- oder Waisenhauses davon Nutzen hat, daß seine nothwendigsten Lebensbedürfnisse nach amtlichen Ermittlungen von 7 Pfund 7 Schillingen 4 Pence im Jahre 1852 auf 9 Pfund 15 Schillingen 8 Pence im Jahr 1861 gestiegen sind. Allüberall sank die große Masse der arbeitenden Klassen in immer tieferes Elend, mindestens in demselben Maße, als die oberen Klassen auf der sozialen Skala stiegen. In allen

*) Godfrey's Mixture. Dasselbe ist so probat, daß die Kinder auf 8, 10, 12 Stunden — je nach der eingelegten Menge — „stille“ sind, und schließlich in unzähligen Fällen sogar auf immer. Die tausende und abertausende von Säuglingen, die alljährlich in Folge der Hineinziehung der Frauen in die Fabrik an Entkräftung und Vergiftung sterben, sind nicht zu vergessen, wenn die Menschheitelationen zusammengeordnet werden, welche die Bourgeoisie ihrem Gott Mammon bringt.

Ländern Europa's steht es jetzt als unumstößliche Wahrheit fest, unleugbar für jeden unbefangenen Forscher, und bestritten nur von Denen, die ein Interesse haben, Anderen trügerische Hoffnungen zu machen, daß weder die Vervollkommnung der Maschinen, noch die Ausbarmachung der Wissenschaft für die Industrie und Agrikulturproduction, weder die Hilfsmittel und Kunstgriffe des Verkehrs, noch neue Kolonien oder Auswanderung, weder die Eroberung neuer Märkte, noch der Freihandel oder alle diese Dinge zusammengenommen, das Elend der gewerbtätigen Massen zu beseitigen vermögen, daß vielmehr auf der falschen Grundlage des Besiehenden jede frische Entwicklung der schöpferischen Kraft der Arbeit nur dahin zielt, die sozialen Gegensätze zu vertiefen und den sozialen Konflikt zu schärfen. Hungertod erhob sich in der Hauptstadt des britischen Königreichs beinahe auf den Rang einer sozialen Institution während dieser berauschten Epoche ökonomischen Fortschritts. Diese Epoche ist in den Annalen der Welt gekennzeichnet durch die beschleunigte Wiederkehr, den erweiterten Umfang und die tödtlicheren Wirkungen der sozialen Pest, die man Handels- und Industriekrisen nennt.

(Schluß folgt.)

Breslau, den 22. Dez. Polizeiliches. Der Syndikus des berl. Pfandbrief-Instituts, der Abgeordnete Lasker, behauptete im Reichstage gegen Rebel: wir, die Sozialdemokraten, könnten das Gesetz nicht ertragen. Diese Behauptung beruhte nur auf Verwechslung denn nicht wir sind es, die das Gesetz nicht ertragen können, sondern die konservativen und liberalen Behörden können selbst mit den reaktionärsten Gesetzen nicht durchkommen und übertreten daher auch diese. Vor kurzer Zeit wollten wir über ein Statut für irgend welche Unterstuhlungs- und Widerstandsklassen beraten. Weil die Versammlung nur einen Gegenstand vorhatte, der gewerblicher Natur war, so hatten wir dieselbe nicht polizeilich angemeldet. Es befand sich aber in der Annahme, die zu dieser Versammlung einlud, die Bezeichnung „Parteilokal“. Die der Polizeipräsident das las, empfand er sofort den rothen Schreden. Der Revierkommissarius wurde beauftragt, die Versammlung anzujubeln, denn die fürchterlichen Sozialdemokraten ohne polizeiliche Ueberwachung irgend etwas berathen zu lassen, das wäre zu gefährlich, — denn es könnte ja irgend einer, wie das bei polizeilichen Ueberwachungen immer nöthig ist, ansatz unter der Blume zu sprechen, offen und klar die Wahrheit sagen, und dies können die Machthaber nicht vertragen. Der auflösende Polizeikommissarius gestattete uns, noch gemüthlich zusammenzubleiben, d. h. unter bezahltem Umfand erwähne ich nur deswegen, weil die Regierung die Einrückung getroffen zu haben scheint, die Wirthe, welche die bösen Sozialdemokraten in ihrem Lokale aufnehmen, zur unentgeltlichen Verpflegung der Schutzmänner zu veranlassen, da dieser Kategorie das Gehalt nicht verbessert werden konnte, denn wo blieben sonst die Dotationen großer Staatsmänner und Generale?

Ebenso wurde eine öffentliche Versammlung aufgelöst, weil ein Redner sagte: „Wir wollen die Staatshilfe nur von dem Staate, der das Volk ist.“ Eine Anklage ist nicht erfolgt. Der Polizeikommissar hat daher in seiner tiefen Kenntniß von „strafwürdigen Neugierigkeiten“ nur einen Amtsmißbrauch begangen. Wir haben Anklage erhoben, erwarten jedoch nicht viel davon, da wir uns der neulich von Eugen Richter im Abgeordnetenhaus ausgesprochenen Behauptung, welche ich aus strafrechtlichen Rücksichten nicht nenne, anschließen. Den Polizeibehörden kann nur der von uns erstrebte Volksstaat, der die Unsehbarkeit der Polizei aufhebt, ein Ende machen.

Forti in der Lauff. Seit einigen Wochen herrscht hier ein trübes Leben unter den Arbeitern und die Sozialdemokratie verbannt namentlich den Agitationen Simon's ihre jüngsten Fortschritte am hiesigen Plage. Volks- resp. Arbeiterversammlungen haben wir in den letzten Wochen mehrere abgehalten und zwar theilweise sich auch Frauen daran. In einer dieser Versammlungen wurde eine Resolution gefaßt, dahingehend, daß die Frauenarbeit an mechanischen Webstühlen abzuschaffen sei, da so viele Stellen ohne Arbeit und die Frauen auch für andere Arbeiten gesucht werden. (Wir erlauben uns unter entschiedenem Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dieser Resolution zu äußern. So lange es Zustände giebt, welche die hilflose Frau sich selbst überlassen, so lange kann man die „Abschaffung“ der Fabrikarbeit für Frauen nicht verlangen, wenn man dieselben nicht dem Verhungern oder der Prostitution entgegenreiben will. Von „Abschaffung“ der Frauenarbeit wird auch im sozialistischen Staate nicht die Rede sein, sondern nur — wie es bereits unser Eisenacher Programm fordert — von Einschränkung der Frauenarbeit auf das der physischen Beschaffenheit der Frauen zuträglich und mit ihrem pädagogisch-nur Verufe vereinbare Quantum. Diese Einschränkung der Frauenarbeit setzt aber voraus und läßt sich nur in dem Maße durchführen, daß der Staat die Erzieher der hilflosen, alleinstehenden Frau garantiert. Letzteres geschieht, indem 1) der Mann den Arbeitsertrag statt des Arbeitslohns erhält und dadurch für seine Familie genügend sorgen kann, und 2) indem die Frauenarbeit gleich der Männerarbeit gelohnt wird; dann braucht weder die verheiratete noch die alleinstehende Frau in einem ihre physischen Kräfte übersteigenden und ihren pädagogischen Beruf beeinträchtigenden Maße zu arbeiten, wie heute die Proletarierfrauen durch Noth gezwungen sind.)

Da nun aber seitens des heutigen Staats diese wünschenswerthe Garantie nicht geleistet wird, so ist auch die nothwendige Einschränkung der Frauenarbeit von ihm nicht zu erwarten, — abgesehen davon, daß diese Einschränkung — wenn nicht seitens des Staates gleichzeitig für Ersatz des in diesem Falle für die Frauen entstehenden Verlustes gesorgt wird — die alleinstehenden Proletarierfrauen noch unglücklicher machen würde, als sie bereits sind. Denn wenn man letzteren ihre, wenn auch wenig einträgliche Arbeit nimmt, ohne ihnen Ersatz dafür zu geben, so bleibt ihnen zwischen Verhungern und dem Verbrechen kein Mittelweg. — Dem Uebel, daß die Frauenarbeit den Werth der Männerarbeit heute herunterdrückt dadurch, daß die weiblichen Arbeiter, die ja hilflos sind und weniger Bedürfnisse haben als die männlichen, sich noch mehr ausbeuten lassen als diese, kann und muß dadurch entgegen gearbeitet werden, daß wir 1) die Frauen in unsere Bewegung hineinziehen und ihnen klar machen, daß ihre Emanzipation auf der untrüglichen Bekehrung, von der untrüglichen abhängig ist; 2) daß wir sie, ebenso wie uns, zum Widerstand gegen das Kapital organisiren — gleichviel ob in getrennten Frauensectionen oder durch Aufnahme in unsere bestehenden Verbindungen — und sie veranlassen, nicht unter dem Lohn der männlichen Arbeiter zu arbeiten. Sobald das Kapital gezwungen ist, die weibliche Arbeit gleich der männlichen zu bezahlen, hat es an der vorzuzugeweißen Frauenarbeit kein Interesse mehr und der schädlichen Konkurrenz, welche heute die weibliche Arbeit der männlichen macht, ist dann ein Damm gesetzt.

Unsere Parole kann also vorläufig nicht sowohl „Einschränkung“ der Frauenarbeit sein als: Gleichstellung der weiblichen Arbeit mit der männlichen im Lohne. — Erst im sozialistischen Staate, in welchem die Arbeitsfrage gelöst wird, kann eine Lösung der Frauenfrage erfolgen; das Letztere ist unmöglich ohne das Vorhergehen des Ersten und darum die sozialistenfeindliche Tendenz der deutschen Frauenvereine eine quasi selbstmörderische. (Red. v. Volkoff.)

Kidley. Kaster's Knäuel in der Hand des Schulmeisters. Wie der Kaster'sche Knäuel schon seit an Kindern von Sozialdemokraten angewandt wird, kann Folgendes zeigen: Der hiesige Schullehrer Hakmann hat sich große Verdienste um die Belehrung der Heiden erworben, ist aber dabei einer der größten Feinde unserer

*) Garottiren eigentlich: erdroffeln, eine in England, namentlich London gang und gäbe Methode des Strafenraubs, darin bestehend, daß dem Opfer, um es widerstandsunfähig und bestimmungslos zu machen, durch einen Griff von hinten die Untergeluge drückt wird.

Arbeitervereins. Die „Christliche Liebe“ gegen Feinde beweist er an uns durch sorgfältige Schmahungen und Herabwürdigung unserer Ziele. Namentlich sind die Kinder von Mitgliedern unserer Partei der rohesten Behandlung ausgesetzt. So wurde der etwa dreizehnjährige, in Folge eines langen Krankenlagers am atmen Nervenfieber, schwächliche Sohn des Stellmachers Thomas von diesem Lehrer gefragt: „Nicht wahr, dein Vater ist der Ungläubige?“ und als der Knabe natürlich hierauf nicht antwortete, schlug er denselben dermaßen an den Kopf, daß die Spuren tagelang hinterher sichtbar waren. Eine Beschwerde beim Schulspektor hatte nur neue Mißhandlungen des Kindes vom Lehrer zur Folge. Eine briefliche Drohung des Vaters hatte die Wirkung, daß der Lehrer fünf Knaben während des Religionsunterrichts mit den Worten beorderte: „Schweig einmal den Thomas aus“, und wurde nun dieser Knabe von der Knüppelgarde an den Haaren von der Bank und an den Gang vorgeführt.

Thomas hat nun noch ein Mädchen von 6½ Jahren, welches die Schule dieses Dahmann besucht. Dieses Kind wurde von dem Lehrer seit etwa einem Vierteljahre allein auf eine Bank gesetzt; eine Beschwerde des Vaters hatte Mißhandlungen des Kindes zur Folge.

Der Knabe Schiffner wurde derart in der Schule von dem Dahmann geschlagen, daß das Blut aus Mund und Nase floß. Früher hatte dieser Lehrer einmal ein Mädchen so geschlagen, daß sie über eine Stunde leblos war. — Ungefähr 20 Knaben hatten einen Bitterspruch nicht ordentlich gelernt, da schlug Dahmann den Sohn des Parteigenossen Vogel mit dem Lineal so lange, bis dasselbe in drei Stücke sprang; und noch nicht zufrieden damit, wurden ihm wenigstens noch eine Mandel Ohrspeigen appliziert.

Frägt man nun: warum sich die Leute dies gefallen lassen, so liegt die Antwort mit darin: weil Dahmann ein sehr frommer Mann ist, werden die Klagen vom Geistlichen vertuscht. Jetzt werden wir aber vor die höheren Behörden gehen. (Hoffentlich bald und mit möglicher Energie! Red. v. Volkst.)

Fürth. (Deutsche „Gleichheit vor dem Gesetz“). Unterzeichnete verkaufte bei einer hier stattgefundenen Volksversammlung zur Besprechung über Einführung des Normalarbeitstages die Broschüre von York über den Normalarbeitsstag, am Eingang und im Lokale der Versammlung. Ein dem Prinzipien der Sozialdemokratie feindlicher deunzürte mich dem überwachenden Polizeikommissar, so daß dieser sich veranlaßt sah, Anzeige bei der hiesigen Staatsanwaltschaft zu machen, auf deren Antrag mir eine Strafvorfahrung von 1 Jhr. Kosten und einem Tag Arrest zugestiftet wurde; wogegen ich jedoch Protest erhebe.

Wenn man nun bedenkt, daß bei allen Konzerten, Produktionen und Versammlungen Dasselbe geschieht, was mir zur Last gelegt ist; wenn besonders auch den freien Gemeinden erlaubt ist, in ihren Versammlungen Broschüren zu verkaufen; der Verkauf in Straßen und auf öffentlichen Plätzen zwar gesetzlich untersagt ist, nach den vorher genannten Thatfachen Versammlungen in Wirtschaften und einer Turnhalle aber nicht als öffentliche Plätze zu betrachten sind, so muß man an der „Gleichheit vor dem Gesetz“ allerdings ein Zweifeln werden. Ph. Herpfer.

Regensburg. d. 27. Dez. Am 25. d. h. feierte der sozialdemokratische Arbeiterverein hier, vereinigt mit den Fachvereinen der Schuhmacher, Tischler und Schneider, seinen Christbaum.

Die ganzen weiten Räume waren bis zum Erdrücken mit Festtheatern gefüllt und wenigstens 300 Personen mußten, weil eben gar kein Platz, selbst nicht zum Stehen mehr, vorhanden war, am Festlokal selbst wieder umkehren.

Parteigenosse Kölsch aus Offenbach, der eben erst hier angekommen war, hielt die Festrede. Der Verlauf des Festes, das sich zu einem wahren Friedens- und Verbrüderungs-Feste gestaltete, hätte nicht schöner und befriedigender sein können. Musik wechselte mit Gesang und Deklamation und erzielte besonders in letzterer Parteigenosse Uebelager durch Vortrag der „Menschenalter eines Proletariats“ und noch mehr des „Antisyllabus“ nicht enden wollenden stürmischen Beifall.

Es wurde hiedurch die Propheziegabe unserer Gegner, welche schon voraussehen, daß bei diesem Feste, „wo Schuster und Schneider und noch sonstige rohe Kräfte vorhanden seien“, jedenfalls doch wenigstens ein bisschen Keilerei nicht fehlen würde, gründlich zu Schanden gemacht und bewiesen, daß die Arbeiter ein würdiges Fest auch würdig abzuhalten, sich tadellos sitzlich und anständig zu betragen im Stande sind, und ihnen der „übersprudelnde Jugendmuth“, welcher sich bei den Komzeten der „besseren“ Stände so gerne zeitig, fremd ist. Jedoch, was hüßlich! Bei diesen Reuten ist ja der Arbeiter doch immer noch nicht „reif!“

Am 26. d. h. hatten wir im obenbezeichneten Lokal Nachmittags eine Volksversammlung. Die Arbeiter waren sehr zahlreich erschienen und blieben bis zum Schluß anwesend. Parteigenosse Kölsch erörterte in einer zweifelhafte Rede die Lage des Arbeiterstandes, sowie die Ursachen derselben und wurde oft von anhaltendem Beifall unterbrochen. Der Vortrag erzielte Beifall und ist nur zu wünschen, daß die Arbeiter solche Worte nicht zu einem Ohre hinein und zum andern hinauslassen, sondern recht deherzigen mögen. Die Gegner unserer Sache, welche wir durch Plakate öffentlich eingeladen hatten, zogen es vor, nicht zu erscheinen. Es ist nicht entschieden, ob sie aus Feigheit wegblichen oder ob sie sich zu hoch dünkten, mit dem „rohen, noch nicht reifen“ Arbeiter dessen Lage und die Verbesserung derselben zu betheiligen; vielleicht ist Beides der Fall, denn was heissen schöne Phrasen der Wahrheit gegenüber? Hier ist die Niederlage von vorne herein schon entschieden. Siegen können diese Herren nur da, wo sie keine Opposition finden, unter ihren eigenen Reuten; kommt aber so eine Opposition von Außen zu ihnen hinein, nun so wählt man, weil man sie nicht durch Worte besiegen kann, den Vorker'schen Knüttel, um „Nichtathleten“ auszuheilen — was auch für die „reife“ Bildung der „besseren“ Stände entschieden passender ist.

Wainz. Preissteigerung und Löhne. Man erinnert sich noch der Enttäuschung, welche die hiesigen Bourgeois ergriff, als die Arbeiter vor einigen Monaten eine Lohnerhöhung für nöthig erklärten. Jetzt veröffentlicht die Lokalblätter folgende vergleichende Tabelle der Lebensmittelpreise von 1850 und von 1871:

	1850	1871
Brod (4 Pfund gemischt)	9 fr.	18—21 fr.
Weife	13 Loth 1/2	6 Loth 1/2
Weiß per Pfund	4	8
Rindfleisch per Pfund	11	22
Kalbsteif per Pfund	8	20
Lammfleisch per Pfund	7	20
Schweinefleisch per Pfund	8	18
Schweinefleisch per Pfund	10	22
Butter per Pfd.	8—12	12—28
Kartoffeln per Ctr.	36—48	120—150
Butter per Pfund	12—20	36—48
Eier per Stück	1	2 1/2—3
Milch per Schoppen	2	3

Kurz: im Ganzen eine Preissteigerung von mehr als hundert Prozent. Da auch die Wohnungsverhältnisse in ähnlicher Weise gestiegen sind, so erblickt, daß die geforderte Lohnerhöhung, über die so viel Geschrei gemacht wurde, noch eine sehr bescheidene war; und wenn wir die heutigen Löhne mit denen von 1850 vergleichen, so erblickt doch, daß der heutige Lohn, wenn auch in Geld ausgedrückt höher, doch in Wirklichkeit niedriger ist als der damalige, weil nicht so viel dafür gekauft werden kann.

(Wir bitten die Parteigenossen auch anderer Orte, ähnliche Vergleichen anzustellen. Ueberhaupt bitten wir um Sammlung statistischen Materials: wie wir schon früher hervorgehoben, gibt es keine unsichere und würdige Beschäftigung für unsere Vereine und die einzelnen Parteigenossen — eine Beschäftigung, die obenhin den Vortheil hat, daß sie jedem Parteigenossen, so wie jedem Verein möglich ist. D. Red. v. Volkst.)

Worha. Bei uns regt sich wieder die Sozialdemokratie. Eine von den Angehörigen verschiedener Gewerke berufene Arbeiterversammlung wegen des vom hiesigen Stadtrath in Anbetracht der herrschenden Watterepidemie angeordneten Impfwangs war so hart besetzt, daß viele das Lokal wegen Mangel an Raum wieder verlassen mußten. Als Vorsitzender wurde Sauerreis gewählt und als übrige Bureau von Sozialdemokraten gebildet; darüber war aber große

Entstehung bei den Speisbürgern. Eine von der Versammlung mit 925 Unterzeichneten versetzte Petition um Zurücknahme der Polizeiverordnung ist bis jetzt ohne Berücksichtigung geblieben; es wird gemipft, trotzdem daß Neugeimpfte an den Blattern erkrankten und starben.

Auch wurde der Schriftföher Haring vor den Untersuchungsrichter geladen, weil er in der Versammlung den Impfwang ein „Verbrechen an der Menschheit“ genannt haben soll. Dies hatte ein anderer Redner als den Ausspruch eines berühmten Arztes aus der „Thüringer Presse“ vorgelesen. Die Untersuchung wurde aber wieder eingestellt; Haring gehört nicht zur sozialdemokratischen Partei. Der Schneidermeister und Armeisenator Doll, ein Ader, hielt Haring eine — für Sozialdemokraten und Jeden, der über seine wichtigsten Angelegenheiten ein Wort in Versammlungen zur Aufklärung der Masse spricht, auswendig gelernte — Strafpredigt, als dieser sein blattkrankes Kind ins Blatterlazareth thun wollte. Die Polizeiverordnung sei vom Stadtrath und von den Stadtverordneten wohlweislich erwogen worden und wie es komme, daß er (Haring) jetzt bei ihm (Doll) Hilfe suchen wollte. Haring lehnte Doll den Rücken mit dem Bemerkten, daß er geglaubt habe, das Lazareth gehöre der Stadt; wie es aber den Anschein habe, gehöre es dem Doll, und darum verzichte er auf die Unterbringung seines Kindes darin.

Unterlagen. Ueber den Verlauf der Buchbinderbewegung in Bern diene folgendes zur Kenntniß. Schon vor der Versammlung, welche einen endgültigen Beschluß fassen sollte, hatten einige Meister ihren Arbeitern 15 Prozent Lohnerhöhung und die 15stündige Arbeitszeit bewilligt, andere 10 und sogar einige nur 5 Prozent ihren Arbeitern aufgebracht. In der nun folgenden Versammlung kam man zu der Ueberzeugung, daß die Erfolge, die bis jetzt ohne Arbeitseinstellung gemacht worden waren, sehr gering seien; jedoch in Anbetracht des verheerenden Färischer Streikes der Buchbindergehilfen (1869) und überhaupt der matten Theilnahme der Buchbinder an der Arbeiterbewegung im großen Ganzen und der daraus folgenden abgchwächten Sympathien für uns, glaubte man aus Mangel an Unterstützung eine Arbeitseinstellung nicht mit Erfolg durchzuführen zu können, da man bei einem Strike nur auf auswärtige Unterstützung angewiesen wäre, indem die Buchbinder hier auch noch nicht organisiert sind und gar keine Strikeassen u. s. w. besitzen.

Man beschloß daher, sich mit diesen kleinen Verbesserungen vorläufig zu begnügen, jedoch einen Verein zu gründen, durch welchen den Kollegen Gelegenheiten geboten wird, sich Klarheit über ihre eignen Verhältnisse zu verschaffen und überhaupt eine Organisation anzustreben, die es möglich macht, im nächsten Jahr besser gerüstet und mit mehr Erfolg in den Kampf zu treten.

Einige 5-prozentige zogen es vor, Bern den Rücken zu kehren. Noch sei erwähnt, daß in der betreffenden Versammlung ein Veteran (alter Buchbindergehilfe) seine Noth klagte und erzählte, daß ihm nur zweierlei übrig bliebe, entweder für 9—10 Frs. zu arbeiten, oder in das Armenhaus zu gehen!

Dann Kollegen, denken wir daran, was uns betrifft in Rücksicht steht, wenn es uns die Großproduktion immer unmöglicher macht, selbstständig zu werden; denn schon fallen sich aller Orts die Werkstellen mit Weisern, die nicht mehr auf eigene Rechnung bestehen konnten, und wieder in den eigentlichen Arbeiterstand, in Folge zu großer Konkurrenz, zurückgedrängt wurden.

Also, laßt uns Vereine gründen und Organisationen schaffen, und bald werden wir die Früchte unserer Bemühungen reifen sehen!

Mit sozialdemokratischem Gruß Alb in Germann.

Vindach. Erstes Verbot einer Volksversammlung (resp. Nichtanstellung der Bescheinigung.) Am 20. Novbr. v. J. erhielt ich von Parteigenosse Ufert ein Schreiben, worin mir derselbe mittheilte, den 24. desselben Monats, nämlich am Vusitag, 2 Versammlungen bei uns abhalten zu wollen, resp. eine in Oberhofna. Darauf hin schickte ich H. Wildner, den Vorsitzenden des hiesigen Arbeitervereins, zum Restaurateur des Schützenhauses, (das Schützenhaus ist Eigenthum der Schützengesellschaft) und ließ anfragen, ob wir den Vusitag Nachmittags den Saal zur Abhaltung einer Volksversammlung bekommen könnten, was derselbe bejahte. Dann schickte ich sofort (Dienstag den 21.) die übliche Anzeige durch meinen 12jährigen Sohn nach der Polizei, (was derselbe, beiläufig gesagt, schon öfter besorgt hat); anstatt der Bescheinigung brachte er aber das Resultat, daß für den Vusitag und den darauf folgenden Sonntag (Eodienstag) keine Erlaubniß gegeben werde. Nun vergewisserte ich mich der Lokalität zum Sonnabend (d. 25.) Abend und berichtete Ufert von der Sachlage. Leider bekam ich von letzterem nicht zur gewünschten Zeit Antwort und konnte in Folge dessen die Anzeige am 23. nicht mehr zur Polizei schaffen, worauf hin ich Freitag (Vusitag) früh zum Polizeiasistenten Lunger in seine Privatwohnung die Versammlungsanzeige trug, mit der Bitte, er solle dieselbe als heute angemeldet betrachten, damit die gesetzliche Zeit von 24 Stunden herauskomme. Hierauf erhielt ich auch von demselben die gewünschte Antwort, ich solle nur morgen Sonnabend d. 26. die Bescheinigung holen lassen. Hier muß ich nun eines Zwischenfalls erwähnen. Am Abend des 24. gegen 7 Uhr schickte der Schützenhauswirth zu oben erwähnitem Wildner, er solle doch einmal zu ihm kommen. Dort hingekommen, theilt der Schützenhauswirth dem Wildner mit, daß der Baumeister Pöfer, (der einige Reparaturen im Schützenhause vorzunehmen hatte) geäußert habe, es könne die Versammlung nicht abgehalten werden, indem er (Pöfer) nicht die Verantwortung übernehme, wenn etwa ein Unglück geschähe. Der Schützenhauswirth indes, keine Gefahr erblickend, sagt die Lokalität nochmals zu, indem doch ein Widerruf zu spät, weil beide Lokalitäten mit der Versammlungsannonce bereits in der Presse waren. Noch ehe ich Sonnabend früh nach der Bescheinigung geschickt, wurde ich durch einen Beistoh zu oben erwähnitem Assistenten Lungwitz befehligt, der mir die Auslassungen Pöfers eröfnete und mir andeutete, ich solle doch die Versammlung rückgängig machen resp. verschieben, was ich entschieden verneinte, worauf er sagte: „Was wollen Sie denn machen, wenn die Versammlung gänzlich unterliegt wie?“ Ich: „Das geht nicht so geschwind.“ Er: „Und ich unterjage Ihnen hiermit die Versammlung.“ Ich: „Das lasse ich mir nicht gefallen.“ Er: „Dann gehen Sie zum Herrn Amtmann.“ Ich: „Das werde ich auch.“ Und sofort ging ich aus einer Gerichtsstube in die andere zum Amtmann. Derselbe machte nun die Einwände geltend, welche Pöfer ihm mitgetheilt. Ich: „Da hätten Sie es uns aber früher sagen sollen, nicht erst, wenn es zu spät ist, indem bereits beide Blätter mit der Versammlungsanzeige in den Händen des Publikums von Vindach und Umgegend sind.“ Amt.: „Ich habe es heute früh erst erfahren und ich muß den Aussagen eines Sachverständigen Gehör geben, es kommt ja auch gar nicht darauf an, wenn Ihr Eure Versammlung verschiebt.“ Ich: „Das geht nicht; wer erlegt uns denn die Kosten, die wir bereits haben?“ Amt.: „Ja da —“ Ich: „Die Versammlung muß abgehalten werden; ich kann doch nicht etwa 800 bis 1000 Menschen zum Karren haben.“ A.: „Das geht mich nichts an und ich verbiete die Versammlung.“ Ich: „Können Sie denn das laut Gesetz?“ A.: „Was?“ Ich: „Ja ich muß wissen, ob Sie es gesetzlich können.“ A.: „Aus baupolizeilichen Rücksichten verbiete ich die Versammlung.“ Nun konnte ich natürlich vor der Hand nichts weiter thun. Ich ging sofort zu einem andern Wirth, der auch seinen Saal sofort zur Verfügung stellte, wo denn auch die Versammlung, wenn auch unter geringerer Theilnahme stattand, trotzdem ich hatte Gegenplakate drucken und anhängen lassen.

Zweites Verbot: Als ich heute nach dem Geschehen (den 1. Dezbr.) schickte ich eine Anzeige wegen Abhaltung einer Metallarbeiterversammlung für den 3. nach der Polizei. Tagesordnung: Beratung und Beschließung wegen Anschließung an die internationale Metallarbeitergesellschaft. Ich erhielt den Bescheid, morgen (den 2.) solle ich die Bescheinigung eingehendst bekommen; aber anstatt dessen wurde ich von demselben Amtsdienner, welcher mich 8 Tage zuvor beßelt, zum Herrn Amtmann geladen. Dort angekommen, eröffnet mir derselbe, daß er die von mir angezeigte Metallarbeiterversammlung nicht gestatten könne, laut des damals ganz neuen, nunmehr schon bekannten Ministerialerlasses, indem höhern Orts herabgebracht wäre, daß wir Zweigvereine abeten, was nach dem sächsischen Vereinsgesetz nicht erlaubt wäre. Ich: „Dies ist doch kein politischer Verein, wir sind nicht die ersten und werden auch nicht die letzten sein, welche sich der Gewerkschaft anschließen.“ Es half aber keine Einwendung. Amt.: „Sie leben's, ich kann nicht anders, und wenn Sie glauben, ich thue Ihnen Unrecht, so beschweren Sie sich.“ Im weiteren Gespräch äußerte sich der Amtmann, daß die Regierung doch nicht Alles einzäumen könnte, sie müßte doch immer — — — Ich: „Die Bügel

starr in der Hand behalten.“ Amt.: „Ja, ja, das ist schon der richtige Ausdruck.“

Trotz der verschiedensten Vorstellungen meinerseits blieb es bei dem Verbot der betreffenden Versammlung.

Gera. d. 26. Dezbr. Die Reichstagsabgeordnete Vericht erstatten. Dr. Braun, „unser Braun“ auch genannt, der Vertreter für Reuß j. Linie im deutschen Reichstag, hat auch in Gera seinen Wählern Bericht erstattet; es fällt uns nicht ein, auf den nationalserwischen Kohl, den er dort zum Besten gegeben, näher einzugehen, sondern nur über die Art und Weise, wie diese Berichterstattung in Scene gesetzt wurde, wollen wir berichten.

Die Versammlung wurde ein paar Tage vor den Feiertagen gehalten, nachdem Braun Tags zuvor im Gewerbeverein, der unter der Regide des Oberbürgermeisters steht, einen Vortrag über das Münzwesen in einem ziemlich geräumigen Saale gehalten, — welcher Vortrag auch mehrmals annouciert war. Zur Wahlversammlung hingegen nahm man den kleinsten Saal der Stadt, in einem Lokale, wo fast nur Bourgeoise verkehrt, die Versammlung wurde nur denselben Tag annouciert und der Anfang auf 7 Uhr festgesetzt, was doch die bestimmteste Absicht verrieth, die Handwerker und Arbeiter, welche überhaupt vor dem Feste hart beschäftigt sind, fern zu halten. Welche erbärmliche Feigheit, etwaiger Opposition auf diese Art aus dem Wege zu gehen und sich in einem kleinen Lokal unter sein Häuflein Getreue zu verziehen. Zudem war die Besetzung so hübsch arrangirt, daß vom Vorlesenden nach Vortrag des Braun erklärt wurde, daß nur Fragestellungen gestattet seien, eine spezielle Debatte dahingegen nicht. Und das nennen diese Leute eine Wählerversammlung, in einem Saale gehalten, der kaum 100 Menschen faßt! Sollten solche Vorkommnisse nicht endlich dem Volke die Augen öffnen, in ihm die Ueberzeugung wachrufen, daß für diese Herren es nur die Rolle als Stimmvieh zu spielen hat?

Welcher Abstand zwischen diesem Renegaten Braun und dem wirklichen Volksvertreter Bebel in Betreff ihrer Berichterstattung — hier feiges Vertrieben und nur laut inmitten seiner Claque: dort männliches Hervortreten in dem Bewußtsein erfüllter Pflicht! (Diese Art der Winkelberichterstattung ist bei den nationalliberalen Volksvertretern an der Tagesordnung. Der Leipziger Oberbürgermeister Stephan hat es befanntlich gerade gemacht, wie „unser Braun.“ Ein so trauriges Armuthszeugniß die Herren sich selber damit ausstellen, ein so günstiges Zeugniß stellen sie dem Volk aus, dessen Entrüstung über ihr Gebahren im Reichstag sie mit Recht fürchten.)

Leipzig. Ausperrung. In Anbetracht die bekannte Erklärung der Offenbacher Hutfabrikanten haben deren Leipziger Kollegen unterm 7. Jan. eine Erklärung, „An unsere Arbeiter“ erlassen, worin sie sagen, daß sie mit jener Offenbacher-Fabrikantenklärung insoweit einverstanden sind, als dieselbe sich dahin verzieht, daß es den Hutmacher-Gesellen und Arbeitern freigestellt bleibt, sich an der früher bestandenen Vereinigung, soweit dieselbe Kranken- und Invalidenkassen anbetrifft, auch weiterhin zu betheiligen, und haben beschlossen keinen solchen Arbeiter in ihren Fabriken aufzunehmen, noch weiter zu beschäftigen, der dem am 1. Januar 1872 in's Leben getretenen Central-Verein deutscher Hutmacher beigetreten ist.

Dieser Beschluß ist dadurch hervorgerufen worden, daß die nachstehenden Paragraphen der Statuten obgenannter Gesellschaft in die Rechte der Fabrikanten eingreifen, und die Rechte zwischen Arbeiter und Arbeitgeber illusorisch machen.

„Wir zuden es aber vor, mit unseren Arbeitern in Frieden zu leben und etwaige Differenzen mit denselben selbst auszugleichen. Hermann Haugt. Franz Köh. Julius Hoffmann, in Firma: G. A. Hoffmann. H. G. Leising. Lehmann und Brementhal.“

Die oben erwähnten Paragraphen lauten folgendermaßen:

- 5) durch Unterstüßung derjenigen Mitglieder, welche in Folge von Arbeitseinstellungen ohne Arbeit und etc.
 - 6) durch Aufstellung und Fortführung einer Arbeits-Statistik des Central-Vereins der deutschen Hutmacher und hierauf begründete Arbeitsvermittlung;
 - 7) durch Beaufsichtigung des Lehrlingswesens.
- § 3.
- 5) soll sowie wie möglich darnach gestrebt werden, daß die Wochenlohnarbeit nach und nach gänzlich abgeschafft wird; ferner ist die zehnstündige Arbeitszeit im Auge zu behalten;
 - 6) jede neue Fabrik- resp. Arbeits-Ordnung ist zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu vereinbaren und der Genehmigung des Generalrathes anheim zu stellen.
 - 7) Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern können nur von einer statutenmäßigen Versammlung geschlichtet werden (müß jedoch ebenfalls der Genehmigung des Generalrathes vorgelegt werden), bleibt jedoch den Arbeitgebern unbenommen, sich zu verteidigen, resp. anklagen, oder sich durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen.

Also, wenn Arbeiter ihre kranken Kollegen unterstützen wollen, so ist das (nach Ansicht jener Herren) ein „Eingriff in die Rechte der Fabrikanten“, und wenn die Arbeiter gar daran denken, eine Statistik über die Verhältnisse ihrer Branche aufzustellen und ein Arbeitsvermittlungsbureau einzurichten, so macht das, „die Rechte der Arbeitgeber illusorisch“. Wärelich, ein unverständeres Anstehen, als seitens der Leipziger Hutfabrikanten ist, noch selten an die Arbeiter gestellt worden. Ob letztere sich das gefallen lassen werden?

Offenbach. Zur Aufregung der Hutmacher. Bereits sind ca. 3 Wochen verfloßen, seitdem die hiesigen Hutfabrikanten ihre unangenehm, den Arbeiter so sehr beleidigenden Forderungen stellen, und noch ist von keiner Seite auch nur das Geringste geschehen, um in Verhandlungen zu treten. Wenn aber die Fabrikanten glauben, die Arbeiter hielten nicht aus und kämen bald zu Kreuz gekrochen, so irren sie sehr. Denn heute sind die Arbeiter noch von demselben Muth befeßt, als wie an dem Tage, an dem sie von den Fabrikanten auf die Straße geworfen wurden. Einseiner dieses hatte heute Gelegenheit, einige Hutmacher zu sprechen und waren Männer von über 60 Jahren dabei; und diese Männer, trotz ihrer grauen Haare, erklärten: „Lieber wollen wir als Tagelöhner die allgeringste Arbeit verrichten, als diesen Herren, welchen wir über 40 Jahre treu und ehrlich gearbeitet haben, auch nur die geringste ihrer ungerechten Forderungen zugestehen.“ Wo solcher Geist und Muth herrscht, da darf und kann der Sieg nicht ausbleiben. Wären nur alle Arbeiter von demselben Geist und demselben Muth befeßt, es sollte bald anders mit den Verhältnissen des Arbeiters bestellt sein!

Am 10. d. M. reisten sämtliche unverheiratheten Hutmacher (45 an der Zahl) von hier ab. Am Abend vorher wurde Abschied im Gasthaus zum grünen Baum gefeiert, wo noch manches Wort und mancher Handschlag zum Ausdrücken bis aufs Aeußerste gewechselt wurde.

Leipzig. 11. Januar. Endlich saugen auch die hiesigen Schneider, welche vor Jahren in der Bewegung die Rührigsten waren, an, sich wieder zu regen. Dienstag den 3. Januar fand im Lokal des Arbeiter-Bildungs-Vereins die erste Versammlung statt, in welcher Bebel einen Vortrag über die Gewerkschaften hielt und den zahlreich Versammelten den Anblich in den Allgemeinen Deutschen Schneiderverein empfahl. Letzten Dienstag wurde in dem erwähnten Lokal eine zweite, wiederum zahlreich besuchte Versammlung abgehalten, in welcher über die Organisationsfrage weiter debattirt und schließlich der Beitritt zum Allgemeinen Deutschen Schneiderverein beschlossen wurde. In die aufgelegten Listen zeichneten sich vorläufig 57 Mann. Wir hoffen, daß diesem Beispiel eine größere Zahl der Kollegen folgt; ohne Organisation sind die vielen Schäden, an welchen das Schneidergewerbe krank, nicht zu heilen, und am allerwenigsten ist ohne eine solche an eine dauernde materielle Verbesserung der Arbeiter zu denken. Die Arbeiter müssen bedenken, daß die Tauben ihnen nicht gebaten in den Mund fliegen, sondern erst gefangen werden müssen.

Die konstituierende Sitzung soll Dienstag den 16. im Lokal des Arbeiter-Bildungs-Vereins stattfinden.

Die hiesigen Gewerkschaften beabsichtigen ein Zusammengehen in allen gemeinschaftlichen Fragen in der Art, daß zunächst die Richtung eines gemeinsamen Lokals, die Begründung einer Bibliothek und eines Lesekranks in die Hand genommen wird. Es haben bereits Vorbereitungen mit dem Vorstand des Arbeiter-Bildungs-Vereins stattgefunden, um diesen zur miethweisen Abtretung resp. zeitweiligen Ueberlassung bestimmter Räumlichkeiten zu veranlassen. Wissenschaftliche Vorträge sollen zeitweilig für alle Gewerkschaften gemeinsam abgehalten werden.

Fortsetzung von Seite 1.

„Hiermit ein für alle Mal die Erklärung ab: daß die Internationale nur eine Gruppierung von völlig selbständigen Bänden ist und stets war; daß der Generalrat nur ein Mittelpunkt für Korrespondenzen und für Aufschlüsse ist und stets war. Der belgische Bund fordert alle übrigen Regions-Bünde auf, eine gleiche Erklärung abzugeben, um alle Diejenigen zu Boden zu schmettern, welche uns als gefügige Werkzeuge in den Händen einiger weniger Männer ausgeben. In Anbetracht andererseits, daß die beim Entstehen der Internationale gemachten, auf jedem Kongress etwas unmethodisch vervollständigten allgemeinen Statuten nicht scharf die Rechte der Bünde abgränzen und der vorhandenen Thunlichkeit nicht gut entsprechen, wird erklärt: daß es an der Zeit ist, eine ernstliche Revision der Statuten vorzunehmen. Demgemäß beauftragt der Bund den belgischen Rath, einen Entwurf neuer Statuten abzufassen und denselben zu veröffentlichen, damit er in den Sektionen und später auf dem nächsten belgischen Kongresse erörtert wird. Sobald als der Entwurf vom belgischen Bunde adoptirt ist, soll er dem nächsten internationalen Kongresse unterbreitet werden. Zugleich fordert die belgische Föderation die anderen Sektions-Bünde auf, das Nämliche zu thun, damit der nächste internationale Kongress den endgültigen Bundesvertrag zum Abschluß bringen kann.“

Man sieht, die Belgischen Sektionen sind ebenförmig auf den Vatikanischen Kongress-Beim gegangen, wie weiland die Jesuitensektionen. Auch in Spanien sind die Sprengungsversuche vollständig mißlungen, und die europäischen Polizeispigel (die des „Neuen Sozialdemokrat“ einbegriffen) sind wieder einmal um eine Hoffnung ärmer. — Bei der letzten Gewählwahl in Paris ist Baurvain, Ordnungrepublikaner, mit 121,000 Stimmen gegen den Präfektrepublikaner Victor Hugo, der 95,000 Stimmen bekam, gewählt worden. Im Ganzen haben demnach 214,000 gewählt. Die Wahllisten enthalten mehr als 458,000 Stimmberechtigte. Ueber 240,000 haben also nicht gestimmt: und diese Viertelmillion ist das Pariser Proletariat, das, der Commune treu, von der parlamentarischen Komödie nichts mehr wissen will.

Ein Beispiel zur Nachahmung.

Breslau, den 13. Jan. 1872.*) In der am 18. Dez. vorigen Jahres stattgefundenen Arbeiter-Versammlung, welche sehr zahlreich besucht war, hielt Herr Geiser einen Vortrag, in welchem er ausführte, wie die Wissenschaft der Statistik für den Kampf des Proletariats gegen die Besitzenden das reichste Material bisher geliefert habe, wie dieselbe sogar das Fundament für alle fruchtbringenden sozialistischen Bestrebungen der Neuzeit geschaffen, obgleich diese Wissenschaft selbst noch lange nicht zur Vollreife gediehen sei. Diese Reife könne sie nicht erlangen, so lange sie nur angebahnt werde von Gelehrten, deren Horizont durch die Studirstube begrenzt sei, oder von Regierungsbeamten, in deren Interesse eine ganz unverhältnißmäßige Darstellung der Thatfachen niemals liegen werde. Ihr, der revolutionärsten aller Wissenschaften gebühre der Platz auf den Schultern des arbeitenden Volkes selbst, und wenn dasselbe es unternähme, mit eigener Hand die Geschichte seines Elends, seiner verärmerten Existenzen und seiner Hungertode zu schreiben, dann sei jede offizielle Schönfärberei unmöglich, und es müsse sich alsdann die Unhaltbarkeit der bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse auch dem Beschränkten bis zur Evidenz beweisen lassen. Darum beantragte der Vortragende die Begründung einer statistischen Kommission der Breslauer Arbeiter, mit der Aufgabe, die Verhältnisse, in denen das Breslauer Proletariat lebe und arbeite, bis in seine Details zu konstatiren, und forderte die Anwesenenden auf, mit Hand anzulegen an das Werk, von dem jede Seite ein Sieg für die Klasse der Nichtbesitzenden bedeute, dessen Ergebnis das Todesurtheil für die moderne Gesellschaft sein müsse.

Nach kurzer Debatte, welche die volle Uebereinstimmung der Anwesenden mit dem Vortragenden bewies, wurde der eingebrachte Antrag einstimmig angenommen, und eine Kommission von 11 Mitgliedern mit dem Recht der Kooptation gewählt. Nach geschehener Ergänzung besteht die Kommission aus vorläufig 48 Mitgliedern. Das Bureau der Kommission besteht aus den Herren: V. Geiser, Vorsitzender, H. Krimmich, stellvertr. Vorsitz, M. Reisser, S. Järber, Max Kayser, Schriftführer. Im Augenblicke befindet sich die Kommission in voller Arbeit; die Gewerke der Schuhmacher und Zinmerer haben über ihre Lohnverhältnisse, Arbeitszeit u. s. w. eingehende Angaben geliefert, und für eine Anzahl anderer Gewerke haben sich Spezialkommissionen gebildet. Außerdem werden in der nächsten Zeit an alle Gewerke gedruckte Frageformulare ausgegeben werden, welche es den einzelnen Arbeitern ermöglichen sollen, in übersichtlicher Weise und mit der nöthigen Genauigkeit, Angaben über ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse zusammenzustellen. — Wir wissen, daß wir die Lösung einer schweren Aufgabe übernommen haben, aber wir schrecken vor keiner Schwierigkeit zurück, wenn es das Interesse der Nichtbesitzenden gilt.

Der Schriftführer der stat. Kommission der Breslauer Arbeiter. Max Kayser.

Zur Charakteristik der Knappschaftskassen und der Sächsischen Justizpflege

Berichtigung: In Bezug auf das von mir in Nr. 4 des „Volkstaat“ gegebene Referat hat sich infolgedessen ein Irrthum eingestellt, als die in diesem Referate dem Herrn Richteramt Klaus in den Mund gelegten Worte: „Dem Großen zur Ehre, den Anderen zum Beispiel mußten wir Sie bestrafen; auf Ihre Sache konnten Sie nicht bestrast werden.“ nicht von diesem, sondern von dem stellvertretenden Staatsanwalt, Herrn Assessor von Man gold geäußert worden sind.

Demselben ist in dem gegen Herrn Assessor Kästner gerichteten Theile eine Namensverwechslung vorgekommen, da der von mir benannte *) Der erste uns zugekommene Bericht ist, gleich einer anderen kurz darauf abgeschickten Korrespondenz aus Breslau, auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Weg verloren gegangen. R. d. B.

Zeuge nicht Eisenhüter sondern Gerichtsdiener Altklerik heißen soll. Ferdinand Eigerl. Schadowitz, den 14. Januar.

Berlin. (Eblakelhafte „Poésie“. Lügen des „Neuen“) Der „Neue Sozialdemokrat“ bringt in seiner Nr. 1, „Erinnerungen eines Sozialdemagogen“, von August Kapell, welche unter vielem Andern, was in Goldrahmen eingefast zu werden verdient, folgende geistreiche Rückschau auf unsern Eisenhüter und Stuttgarter Kongress enthalten:

„Im Eisenhüter vor wenig Jahr' — Da wurd's den Volksparteilern klar, Was Arbeiter vermögen Ohn' Hinte, Stock und Degen — Sie*) fühlten sich nur wohl und warm Bei Polizisten und Gensdarm.“

„Von Stuttgart macht man groß' Geschrei, Von ehrlischer Liebknecherei, Von Bebel und Konforten Und ihren großen Worten — Doch logen sie auch noch so nett, Sie kriegten alle Jadenfett.“

Ein herrlicher Knäppelweid auf den Knäppel! Auch hat der „Neue“ jüngst den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ für unschätzbare Erläuterungen lassen. In einer am 1. Jan. in Berlin stattgehabten Volksversammlung, in welcher — wie der „Neue“ berichtet, — die Wahl des ersten Vorsitzenden natürlicher Weise auf unsern Parteiführer*) (Gassenhüter) fiel, wurde folgende Resolution „einstimmig“ angenommen: „Die heutige Volksversammlung erklärt, daß die politischen und sozialen Interessen des Arbeiterstandes nur im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein ihren vollständigen Ausdruck finden, und daß wir neben demselben keine andere politische Organisation nöthig haben.“ — Ferner ist mitzutheilen, daß der „Neue“ die wiederholten Notizen des „Volkstaat“ über den Regierungsagenten Dr. Eduard Löwenthal (Redakteur der Daubitzschen „Staatsbürgerzeitung“, fälschlicherweise auf den (und bis dato ganz unbekanntem. R. d. B.) Mitarbeiter der „Demokratischen Zeitung“, Dr. Joseph Löwenthal, bezogen und trotz aller ihm zugehenden Verichtigungen seitens des Dr. Joseph Löwenthal seinen Lesern die Wahrheit vorenthält, behauptend, der „Volkstaat“ habe den Löwenthal gemeint, welcher sich in den Volksversammlungen herumtreibt. Der „Neue“ verschweigt aber absichtlich, daß der „Volkstaat“ zur nähern Bezeichnung des Regierungsagenten Eduard Löwenthal denselben ausdrücklich als Redakteur der „Staatsbürgerzeitung“ bezeichnet und noch verschiedene andere Merkmale angegeben hat, welche auf den Dr. Joseph Löwenthal gar nicht passen. Und so läßt der „Neue“ weiter!

Ferner: Ueber eine am 7. Januar stattgehabte Tischlererversammlung, in welcher Herr Blankenburg, eines der ausgeschiedenen Strik-Kommissionenmitglieder, Anklage gegen die Strik-Kommission vorbrachte wegen unrichtiger Buchführung u. c., berichtete der „Neue“ triumphirend, daß die Versammlung gegen Herrn Blankenburg ein Mißtrauensvotum und für die Strik-Kommission ein Vertrauensvotum ausgesprochen und weiter erklärt habe, daß „sie mit der Zeitschrift „Volkstaat“ nichts zu thun habe.“ Wie so dem „Volkstaat“ die Ehre einer besondern Resolution zu Theil wurde, ist uns nicht etgründlich; wie es scheint, wurden die im „Volkstaat“ abgedruckten „offenen Briefe“ mehrerer Holzarbeitervereine an das Berliner Strik-Komitee (bezüglich der Verwendung der Strikgebühren) in jener Versammlung zum Vortrag gebracht. Was jedoch die Versammlung selbst anbetrifft, so finden wir in der „Demokratischen Zeitung“ einen Bericht darüber, welcher von dem des „Neuen“ fast durchgehend abweicht und dem wir folgenden entnehmen:

Hr. Blankenburg als Referent entwickelte in langer Rede ein Bild über die gesamte Verwaltung der Tischler-Strik-Kasse. Er behauptete: es seien seitens der verwaltenden Beamten mehrfache Fälschungen vermittelst Radirungen u. c. in den Büchern vorgekommen; ferner seien Gelder aus der Kasse veranlagert worden, wozu die Belege fehlen u. c. Er (Redner) sei seinem Mandat gegenüber verpflichtet, dies hier zu konstatiren, und er nehme von all' den Anschuldigungen „keine Silbe“ zurück. Redner verlies mehrere Briefe und Protokolle, womit er seine Behauptungen zu beweisen bemüht ist. Die Majorität der Versammlung folgte seinen Worten mit lebhaftem Beifall. — Hr. Schulz pflichtete in allen Punkten dem Vordröner bei. — Hr. Schwendel suchte nun die Anschuldigungen der Vordröner zu widerlegen, verriete sich statt dessen aber sehr bald auf das Gebiet persönlicher Angriffe. In Folge dessen erlosch sich ein so heftiger Lärm, daß uns der größte Theil seiner Rede unverständlich blieb. Wir bemerken hierbei, daß Hr. Schwendel Mitglied des „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins“ ist. Die Herren Schmitz, Wienick, Renz, Kersten und noch viele andere Redner suchten nun ebenfalls die Anschuldigungen des Herrn Blankenburg zu widerlegen; einen wirklichen Entlastungsbeweis vermochten wir aber aus den Reden dieser

*) Die „Arbeiter“ oder „Volksparteiler“? **) Für die politische Weisheit oder Ehrlichkeit dieses „Parteiführers“ spricht keine in jener Versammlung geübte Aeußerung gegen die (Belläufige, wie unsern Lesern bekannt, früher von ihm betonte) Nothwendigkeit einer internationalen Verbindung der Arbeiter. Nachdem nämlich Friedländer bedauert, daß die Vordröner sich zu un-würdigen Schmähungen gegen die Internationale Arbeiterassoziation herbeigelassen hätten, während sie doch einsehen sollten, daß gegen die internationale Polizei-, Militär- und Kapitalmacht die internationale Verbindung der Arbeiter geboten sei, replizierte der „Parteiführer“ Gassenhüter — nach der „Demokratischen Zeitung“; der „Neue“ hat es wohlweislich verschwiegen — folgendes: „Es ist lächerlich, wenn hier von einer internationalen Miitärmacht gesprochen würde; die preussischen Truppen sind vergangenes Jahr von dem französischen Genie nicht mit Händdrück empfangen worden.“ Dabei hat seiner Zeit der „Neue“ so und so oft über die Schergenbedienste geschrieben, welche die Deutschen den Versaillesern behufs Niederwerfung der Commune geleistet haben. Um ihn den Lügenmund von vornherein zu stopfen, wollen wir wenigstens anführen, was er in seiner Nr. 33 vom vorigen Jahre im Artikel „Bürgerkrieg in Frankreich“ über dieses Thema sagt, und was wir seinerzeit abdruckten: „Obgleich die Versailleser durch den Verrath in Paris mit fast 100,000 Mann eingedrungen waren, neigte sich in den ersten Tagen des Straßenkampfes der Sieg durchaus nicht auf ihre Seite. Erst als durch neuen Verrath ihnen das nöthige Thor von St. Denis ausgeliefert wurde und sie von hier aus den nur spärlich besetzten Montmartre, die feste Stellung der Sozialisten, besetzen konnten. Dies geschah in der Nacht vom 22. auf den 23. Mai, und bei dieser Gelegenheit gewährten die Befehlshaber der deutschen Truppen zum ersten Male den Versaillesern materielle Unterstützung. Preussische Gardepioniere mußten, wie wir direkt von diesen gehört haben, bei St. Denis die Brücke schlagen, auf welcher die Versailleser die Seine überschritten und das ihnen durch Spione geöffnete Thor von St. Denis erreichen konnten. Zugleich begann die Abpercung von Paris durch die deutschen Truppen und ohne Gnade wurden alle Flüchtenden wieder nach Paris hineingetrieben.“ (Das Fragezeichen hinter dem Wort „ersten“ wurde beim Abdruck von uns gesetzt, weil die Preussischen, resp. „deutschen“ Truppen schon vorher den Versaillesern notorisch Hilfe gewährt hatten.) So viel über die internationale Miitärmacht. Die Internationalität der Kapitalmacht läugnet der „Parteiführer“ nicht. Es bleibt uns also nur noch übrig, ihn von der Internationalität der Polizeimacht zu überzeugen:

Aus Warschau wird der „Ostsee-Zeitung“ gemeldet: „Lieber, der nie ein Freund der Polen war, sucht sich auf ihre Kosten der russischen Regierung auf alle mögliche Weise gefällig zu erweisen. Er hat dem russischen Bevollmächtigten in Versailles nicht nur ein vollständiges Namensverzeichnis der bei der Pariser Revolution theilhaftig gewesenen Polen nebst ihren photographischen Porträts übergeben, sondern auch diejenigen im Königreiche Polen ansässigen Personen, welche Verbindungen mit der Pariser Kommune hatten oder mit ihr sympathisirten, namhaft gemacht. In Folge dieser Denunziation haben in Warschau in letzter Zeit mehrere Haus-suchungen und Verhaftungen stattgefunden.“

Herrn nicht zu entnehmen. Eine Unmasse von beantragten Mißtrauensvoten gegen Herrn Blankenburg, sowie insbesondere fortwährende Angriffe auf die „Internationale Arbeiter-Assoziation“ u. c. bildeten die Würze dieser Diskusion. — Inzwischen war die anfänglich aus bereits 800 Personen bestehende Versammlung, die erst gegen 4 Uhr Nachmittags ihr Ende erreichte, auf noch kaum 50 Personen zusammengeschrumpft. Diese nahmen die erwähnten Mißtrauensvoten gegen Blankenburg*) fast mit Einstimmigkeit an. Seitens der letztgenannten Redner wurde Herr Blankenburg zugestanden, daß wohl die Gladde einige Fälschungen enthalte, aber das Hauptbuch stimmte. — Schließlich wurde eine Revisions-Kommission, aus 4 Personen bestehend, gewählt, mit dem Auftrage: alle Bücher nochmals aufs Genauste zu revidiren, und alsdann in einer öffentlichen, von Neuem anzuberaumenden Tischlererversammlung Bericht zu erstatten.“ Und in einer anderen Nummer der „Demokratischen Zeitung“ finden wir folgendes:

„In der Versammlung der Tischlergehilfen welche am vorigen Sonntag, Vormittags, im Lokale des Berliner Handwerkervereins stattgefunden hat, war die Stimmung für die Herren Schmitz und Machatsky nicht günstig, was diese eben so irritirte, daß sie mit einem Theil ihrer Garde, darunter der Möbelpolierer Renz, der Bildhauer Kersten und der Cigarrenarbeiter Winne, etwa 12 Mann hoch, in dem Lokale, Stallschreiberstraße Nr. 3, 1 Treppe hoch, nach vorher vorgenommener Besognozierung, ihre Gegner überfielen. Es kam zu einer sehr ernstlichen Auseinandersetzung, so daß Polizei requirirt werden mußte, um das Hausrecht des Wirths zu schützen. Nur der Letzteren verdankten es die betreffenden Gäste, daß sie beim Verlassen des Lokals von den Friedenschörern, welche sich, mit Steinen bewaffnet, in den gegenüberliegenden Hausfluren aufgestellt hatten, nicht weiter behelligt wurden. Wir fühlen uns veranlaßt, hinzuzufügen, daß diese sich „Sozial-Demokraten“ Renommiren durchaus nichts gemein haben mit den Anhängern des Eisenhüter Programms.“

Blankenburg. In einer der neueren Nummern des Hirsch'schen „Gewerkevereins“ wird der hiesige Radarbeiter der Schuhmacher als zum Hirsch-Dunster'schen Verband gehörig bezeichnet. Dem gegenüber diene hiermit zur Kenntniß, daß wir aus diesem Verbande längst ausgeschieden sind, auch unsern Austritt angezeigt haben.

Würzburg, 11. Januar. Leider bin ich erst heute in der Lage, über die Vorfälle in der Schärer'schen Cigarrenfabrik hier Nachricht geben zu können. Die Arbeiter daselbst verlangten nämlich pro Wille 10 Kreuzer, eine Fortdöring, die bei dem heutigen Preise der Lebensbedürfnisse nur zu bedingt ist, sowie unentgeltliche Ausrippen und Zurichten des Tabaks, wofür sie wöchentlich circa 27 Kr. aus ihrem eignenbeutel bezahlen mußten. Dieses eigenthümliche Ausbeutungssystem besteht in seiner andern Fabrik, denn wahrhaftig, es gibt doch wenige Fabrikherren, die den Arbeiter von seinem mühsam erworbenen Wochenlohn auch noch das Zurichten des Materials bezahlen lassen. Auf dies Ansuchen hin wurden 85 Arbeiter sofort entlassen, darunter solche, die ihr ganzes Leben lang, über 30 und mehr Jahre, in der Schärer'schen Fabrik gearbeitet hatten. Herr Schärer ärgerte darauf, unter den bisherigen Bedingungen könnten alle Gemisshageliten wieder aufgenommen werden; die Mitglieder des allgemeinen deutschen Cigarrenarbeitervereins aber sollten keinen Theil an den Unternehmungen aus der Krankenkasse mehr haben.

In der That, eine Liebendwürdigkeit, die allen Begriffen von Humanität geradezu in's Gesicht schlägt. Weil also die Arbeiter eine Aufbesserung ihres Lohnes verlangt, sollen sie im Falle der Erkrankung absichtlich hilflos gelassen und dem Elend überliefert werden. Eine Zeit, wo sich das Kapital mit seiner ganzen Anmaßung auf solche Weise breit machen kann, muß saul sein, und die sozialen Verhältnisse müssen sich durch ihre eigene Wucht aus allen Fugen reißen, wenn keine Abhilfe geschieht. Der etwa 18jährige Sohn des Herrn Schärer erstreckte sich, zu den Arbeitern als von einer „Bande, die alles verfaßt“, zu reden. Es ist bei solchen Vorkommnissen immer sehr ärgerlich, wenn kaum den Kinderstufen erwachsene, hoffnungsvolle Jünglinge ihre dem Kapitalprogenitum abgererbte Weisheit zur Geltung bringen dürfen. Sehr ergötzlich ist, daß das Gerücht verbreitet wurde und noch jetzt Glauben findet, Bebel selbst sei hier gewesen und hätte im Verein mit Bloss, dem bisherigen Redakteur des hiesigen „Journal“ die Arbeiter dazu bewogen, die bewußten Forderungen zu stellen. 15 Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen; die andern legen den Kampf gegen das Kapital fort. Die meisten sind verheiratet; wir bitten daher, dieselben zu unterstützen; sie sind gehonnen, auszuharren. Vor Zugung warnen wir eindringlich. Parteige-nossen, helft im Kampfe für die gemeinsame gute Sache! Das Strik-Komitee hat bereits einen Aufruf erlassen; wir schließen uns an und bitten, die eingehenden Gaben an Herrn Wedesjer, Cigarrenmacher bei Herrn Raier und Comp. Würzburg, Sanderstraße, einzufenden.

Würzburg, 14. Januar. Die Strikenden in der Schärer'schen Cigarrenfabrik sind durch massenhaften Abfall gezwungen worden, die Arbeit unter den bisherigen Bedingungen wieder aufzunehmen.

Rein Arbeiter sind davon ausgeschlossen und zwar sieben freiwillig; drei dagegen sind gemahregelt worden und zwar die Cigarrenarbeiter Widemann, Martin und Durm, sämtlich Familienväter. Es hat allen Anschein, als ob Herr Schärer auch dafür gesorgt hätte, daß dieselben auch bei den andern hiesigen Fabrikherren keine Beschäftigung finden sollen; für diesen Fall wird um Unternehmungen für dieselben gebeten. Falls solche nöthig sind, wird dies noch zeitig im „Volkstaat“ veröffentlicht werden. Ich zweifle nicht, daß die Arbeiter überall ein Herz für Diejenigen haben, die der Macht des Kapitals und der Anmaßung des Progenitums zum Opfer gefallen sind. Wilhelm Bloss.

*) und den „Volkstaat“ R. d. B. **Quittung des Chemnitz Strik-Komitees.** Erhalten von Haderich aus Leipzig (durch Bebel) für die Gemahregelten 4 Thlr 9 Ngr. und durch Bartholdi aus Witweida 11 Thlr, 5 Pf. In der ersten Abrechnung im „Volkstaat“ sind 2 Thlr 10 Gr. aus Pausa durch Ernst Dienegott Hoff zu quittiren vergesen worden, wofür um Entschuldigung gebeten wird. Mit bestem Dank an Alle. J. A. August Leuchter.

Zur Beachtung. Herrn Rüppers in München-Gladbach ersuche ich, mir seine genaue Adresse mitzutheilen; ebenso diejenigen Parteigenossen von Rheinland und Westphalen, welche mit mir in Betreff der Agitation in Verbindung zu treten wünschen. Eberfeld. Richard Schmelzer, Arrenberg Nr. 35.

Für den 17. jächsischen Wahlbezirk. Die Parteigenossen in Waldenburg ersuche ich für Sonntag, den 20., in Thurm für Sonntag, den 21. Nachmittags 3 Uhr und in Malsen St. Jakob für Sonntag, den 21. Abends 8 Uhr Volksversammlungen einzuberufen. Tagesordnung: Berichterstattung über den Reichstag. Bebel.

Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Freitag, den 19. Jan. Abends 8 Uhr: Versammlung im Saale der „goldenen Säge“ (Restaurant Victoria) — Tagesordnung: 1) Sozialpolitischer Wochenbericht (Ref. Ruth.) — 2) Fragekasten. — Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste sind willkommen. Diejenigen Mitglieder, welche mit den Monatsbeiträgen im Rückstande sind, werden dringend ersucht, ihre Pflichten zu erfüllen. Der Vorstand.

Herren- und Damenhemden, Unterbeinkleider, Frauenleider fertigt prompt und billig und hält sich zu gebührten Aufträgen empfohlen. **Cleanore Fuf,** Kleidermacherin, Hohe Straße Nr. 4.

Leipzig: Verantw. Redacteur A. Depner (Redaction u. Expedition: Hobestr. 4) Druck u. Verlag von F. Thiele.